

748 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen desBundesrates

## B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten  
über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 14. Juni 1972,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Volksabstimmungsgesetz  
1962 geändert wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates  
sollen Bestimmungen des Volksabstimmungsgesetzes an Vorschriften  
der Nationalrates-Wahlordnung 1971 angepaßt werden. Auch soll die  
Zurechnung der Stimmen von Wahlkartenwählern an den Wahlkreis,  
in dem die Wahlkarte ausgestellt wurde, keine Anwendung finden,  
da das bei einer Volksabstimmung ohne Belang ist. Schließlich  
erfolgt auch eine Korrektur der Anfechtungsbestimmungen.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten hat  
die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. Juni 1972  
in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause  
zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Ver-  
fassungs- und Rechtsangelegenheiten somit den Antrag, der Bundes-  
rat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 14. Juni 1972,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Volksabstimmungsgesetz  
1962 geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 20. Juni 1972

Dr. F r u h s t o r f e r  
Berichterstatter

Dr. R e i c h l  
Obmannstellvertreter